

zu TOP

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 0935/2013 zur Sitzung am 12.06.2013

Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Spielhallen (CDU)

Jüngst hat der Deutsche Städtetag drastische Einschränkungen im Automaten-Glücksspiel gefordert und die Erwartung geäußert, dass Bund und Länder alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Spielsucht einzudämmen und eine wirksame Suchtprävention zu gewährleisten. Auch in Mainz hat sich in den letzten Jahren die Dichte von Spielhallen erheblich erhöht. Dabei ist zu beobachten, dass die Spielhallenbetreiber immer wieder auch gegen das Werbeverbot verstoßen.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung in Gesprächen mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung, um die Forderung des Städtetags mit Nachdruck umzusetzen?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, um die Ausbreitung von Spielhallen in Mainz weiter einzuschränken? Wie wird sich die Verwaltung in dieser Frage mit anderen Städten absprechen?
3. Ist der Verwaltung bekannt, ob in Mainz gegen das Werbeverbot verstoßen wird?
4. Wie wird das Werbeverbot kontrolliert und welche Strafen wurden in Mainz in den letzten Monaten verhängt?

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender